

Themenschwerpunkt „Liberalismus und Erster Weltkrieg“

Dominik Geppert

Die europäischen Liberalen und der Erste Weltkrieg. Umriss eines Forschungsproblems

Wer Europas Liberale im Ersten Weltkrieg untersucht, betritt kein historiographisches Neuland. Er wendet sich einem Gegenstand zu, der in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten jedoch auch nicht gerade im Zentrum des Interesses der Geschichtswissenschaft gestanden hat.¹ Das hat sich erst in jüngster Zeit geändert. Heute liegt das Thema in der Schnittmenge zweier Forschungsfelder, die in Bewegung geraten sind, oder genauer gesagt: die wieder in Bewegung geraten sind. Das hat beim Ersten Weltkrieg mit dem Diktat der Gedenkjahre zu tun, an deren Anfang wir stehen und die uns in den nächsten vier, fünf Jahren begleiten werden. Zunächst hatte vor allem der 100. Jahrestag der Julikrise seine Schatten vorausgeworfen.² Auch an Verdun, die russische Oktober-Revolution, an den Frieden von Brest-Litowsk und schließlich an die Pariser Vorortverträge wird, kalendarisch bedingt, bald intensiv erinnert werden.³ Es gibt darüber hinaus aber auch eine Reihe struktureller Gründe dafür, dass insbesondere die Frage nach den kurzfristigen und den langfristigen Ursachen des Großen Krieges von 1914 bis 1918 wieder verstärkt ins Blickfeld der historischen Forschung gerückt ist.

Zwei Punkte sind in diesem Kontext besonders bemerkenswert. Erstens leben neue Überblicksdarstellungen wie die große Studie von Christopher Clark

1 Vgl. exemplarisch einige neuere Überblicksdarstellungen zum Ersten Weltkrieg, etwa von Oliver Janz: 14. Der Große Krieg, Frankfurt, New York 2013; Volker Berghahn: Der Erste Weltkrieg, 5. Aufl. München 2014 [zuerst 2003]; Gerd Krumeich, Jean-Jacques Becker: Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg, Essen 2010.

2 Vgl. den Forschungsüberblick von Arnd Weinrich: „Großer Krieg“, große Ursachen? Aktuelle Forschungen zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: Francia 40 (2013), S. 233–252; und seither, um nur drei Titel beispielhaft zu nennen, Sean McMeekin: Juli 1914, München 2014; Gerd Krumeich: Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn u.a. 2014; Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014.

3 Schon jetzt etwa von Olaf Jessen: Verdun 1916. Urschlacht des Jahrhunderts, München 2014.

über die „Schlafwandler“ weniger von frischen Quellenfunden als von neuen Deutungen, zum Teil auch von der Rehabilitierung alter Interpretationen und von der klugen Synthese jüngerer Forschungen, die zuvor teilweise kaum beachtet worden sind.⁴ Dabei haben nicht zuletzt das Ende des Kalten Krieges und der Übergang von einem bipolaren zu einem stärker multipolar ausgerichteten und global dimensionierten Staatensystem den Blickwinkel der Historiker verändert. Diese Verschiebung der Sichtachsen hat beispielsweise den Effekt, dass der deutsch-britische Antagonismus vor 1914, den Historiker nach 1945 bewusst oder unbewusst immer auch im Lichte des Systemgegensatzes zwischen Ost und West gedeutet haben, uns heute weniger umtreibt als früher, während die regionalen Ursprünge des Ersten Weltkrieges ausgerechnet auf dem Balkan auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Bürgerkrieges in Jugoslawien in den 1990er Jahren genauer beleuchtet werden als noch vor 25 Jahren.⁵

Zweitens wird die Welt vor 1914 in einigen der neueren Studien nicht mehr als überwundene „schlechte“ Vergangenheit im Gegensatz zu einer besseren, klügeren und auch moralisch überlegenen Gegenwart dargestellt. Vielmehr erhalten diese Studien vielfach gerade dadurch ihren Reiz und ihre Attraktivität, dass sie die Ähnlichkeiten mit unseren Tagen stärker akzentuieren.⁶ Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erscheint in ihnen weniger fremdartig und exotisch als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Im Gegenteil, die Jahre vor 1914 treten uns in diesen neuen Studien als eine Epoche forcierter Globalisierung und Modernisierung entgegen, als eine Zeit großer europäischer Krisen, in der es Selbstmordattentäter und Terroranschläge gab. Damit erleben wir keinen Verfremdungseffekt, sondern die relative Vertrautheit einer eigentlich doch schon recht fernen Vergangenheit. Nach Europas zweitem dreißigjährigen Krieg, 1914 bis 1945, habe es ein halbes Jahrhundert lang keine offene Zukunft gegeben, schrieb Philipp Blom in seinem Porträt Europas der Dekade vor 1914: „Im Kalten Krieg waren die Alternativen klar und es ging nur darum, welches der beiden ideologischen Systeme, Kommunismus oder Kapitalismus, den Sieg davontragen würde. Erst mit dem Zusammenbruch des Sowjetreichs haben wir wieder eine offene Zukunft und mit ihr auch die Erregung und die radikale Ungewißheit der Jahre zwischen 1900 und 1914, als alles möglich schien.“⁷

4 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013. Zu den bisher wenig zur Kenntnis genommenen neueren Monographien vgl. die unten in Anm. 15 bis 19 aufgezählten Arbeiten.

5 Das prominenteste Beispiel ebd., S. 23-165.

6 So etwa bei Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013, bes. S. 753-797.

7 Philipp Blom: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 bis 1914, München 2011, S. 14; ähnlich in der Stoßrichtung auch Charles Emmerson: 1913. The World before the Great War, London 2013.

Eine vergleichbare, aus der Gegenwart herrührende Motivation kann man auch in der Liberalismusforschung beobachten. Ähnlich wie bei der Erforschung des Großen Krieges und seiner Ursachen haben sich hier im frühen 21. Jahrhundert die Erkenntnisinteressen verschoben – mit dem Effekt, dass in jüngster Zeit die Liberalismen des 20. Jahrhunderts stärker in den Fokus rücken. Das war nicht immer so. Gerade die deutsche Liberalismusforschung war traditionell vorrangig auf das 19. Jahrhundert ausgerichtet. Sie interessierte sich für das Wechselverhältnis von Liberalismus und Nationalbewegung, für den Zusammenhang von Liberalismus und Bürgertum. Als Fluchtpunkt diente, mehr oder weniger deutlich, die Krise des Liberalismus als gesamteuropäisches Phänomen zwischen den 1870er und den 1940er Jahren. Die Forschungen zum Liberalismus des 19. Jahrhunderts waren dabei anfangs ideengeschichtlich, später auch ideologiekritisch-sozialhistorisch orientiert, und sie waren vor allem national ausgerichtet, an spezifischen nationalen Liberalismen interessiert, in Deutschland vor allem an der Funktion, die einem angeblich allzu schwach ausgeprägten, obrigkeitlich gewendeten und flachwurzigen deutschen Liberalismus im Rahmen der These vom deutschen Sonderweg zukam.⁸

Diese Ausrichtung hat sich seit den 1980er Jahren sukzessive verschoben. Immer stärker ist der Liberalismus in eine europäisch-vergleichende Perspektive gerückt worden. Die etwa von Lothar Gall und Dieter Langewiesche herausgegebenen Sammelbände zeugen davon, später auch die von der Begriffsgeschichte her kommende und an der historischen Semantik des Liberalismus interessierte Dissertation von Jörn Leonhard.⁹ Der Fluchtpunkt blieb jedoch die Krise des Liberalismus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Das neu erwachende Interesse am Liberalismus im 20. Jahrhundert hingegen rührt nicht zuletzt aus aktuellen Entwicklungen am Ende des 20. und am Anfang des 21. Jahrhunderts her. Sie schienen – jedenfalls bis vor kurzem – geprägt vom Triumph liberaler Prinzipien in der Wirtschafts- wie in der Gesellschaftsordnung bei gleichzeitigem Siechtum vieler, wenn auch nicht aller liberalen Parteien. Ein „Nebeneinander von historischer Strahlungskraft und politischem Funktionsverlust“, so haben es Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard auf einer Tagung über „Liberalismus im 20. Jahrhundert“ im April 2013 formuliert, die explizit eine „komparative Perspektive“ gewählt hatte, um die

8 Paradigmatisch in diesem Sinne etwa die These vom „Untergang des Liberalnationalismus“ und dem „Aufstieg des Reichsnationalismus“ bei Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, München 1995, S. 946-961.

9 Lothar Gall (Hrsg.): *Liberalismus*, Königstein im Taunus 1980; Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Göttingen 1988; Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001.

Erforschung ihres Gegenstands „aus dem Gehäuse nationalstaatlicher Begrenzung herauszuführen“.¹⁰

Der Erste Weltkrieg hat dabei für die vergleichende Liberalismusforschung bisher keine besonders große Rolle gespielt. Viele der neueren Forschungen zum 20. Jahrhundert setzen erst in der Zwischenkriegszeit ein, vielleicht weil sie sich mehr für den Liberalismus innerhalb eines parlamentarisch-demokratischen Normalzustands interessieren als für die Ausnahmesituation eines Liberalismus im Kriege. Für die Betrachtung des Liberalismus im 19. Jahrhundert hingegen war der Erste Weltkrieg oft nicht mehr als der letzte Nagel im Sarg, dem man keine allzu große Aufmerksamkeit mehr schenken zu müssen glaubte. Der von George Dangerfield so einflussreich beschworene ‚seltsame Tod des liberalen England‘ beispielsweise trat nicht wegen der Entscheidung des Asquith-Kabinetts ein, am Großen Krieg teilzunehmen, obwohl es dazu keine vertragsmäßige Notwendigkeit gab. *Liberal England* war in Dangerfields Deutung im August 1914 schon gestorben: wegen der konservativen Opposition gegen den *Parliament Act* von 1911, wegen des drohenden Bürgerkriegs in Irland, wegen der Suffragetten-Bewegung und wegen einer zunehmend militanten Gewerkschaftsbewegung unter dem Einfluss des Syndikalismus.¹¹

Umgekehrt kommt dem Liberalismus aber auch in den oben erwähnten neueren Forschungen zum Ersten Weltkrieg bisher keine prominente Funktion zu. In dem gewaltigen ersten Band von Hew Strachans Weltkriegsgeschichte etwa verzeichnet das Register unter dem Stichwort *liberalism* lediglich zwei Einträge. Sie verweisen auf den allerletzten Abschnitt über die „Ideen von 1914“. Liberalismus erscheint in diesem Kontext als die eine Seite eines ideologisch aufgeladenen Weltkonflikts zwischen Individualismus und Gemeinschaft, zwischen Anarchie und Ordnung, zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus – und eben zwischen Liberalismus und Militarismus.¹² Eine derartige Interpretation ist unbefriedigend, weil sie letztlich nur die Frontstellungen der 1914 so massiv einsetzenden Propaganda reproduziert, sei es in der Variante „Händler“ gegen „Helden“ oder in der Form westlicher Zivilisation gegen „hunnische“ deutsche Barbarei. Die vielen Gemeinsamkeiten, Überlappungen und Verflechtungen, die es in Europa – auch und gerade im europäischen Liberalismus – vor 1914 gegeben hatte, drohen damit hundert Jahre

10 Anselm Doering-Manteuffel, Jörn Leonhard: Aufbruch und Aufhebung? Liberalismus im 20. Jahrhundert. Exposé für das Theodor-Heuss-Kolloquium (Frühjahr 2013), MS, S. 2.

11 George Dangerfield: *The Strange Death of Liberal England*, New York 1935.

12 Hew Strachan: *The First World War*, Bd. 1, Oxford 2001, S. 1139.

später noch den Denkschablonen und Sprachkonventionen der Kriegspropaganda zum Opfer zu fallen.¹³

Es ist ein Anliegen der im Themenschwerpunkt dieses Jahrbuchs versammelten Beiträge, die manichäische Weltsicht der Kriegsfronten aufzubrechen und zu einer Vergleichsperspektive vorzudringen, die Gemeinsamkeiten wie Unterschiede der europäischen Liberalismen im Ersten Weltkrieg gleichberechtigt in den Blick nimmt. Dabei führt kein Weg an der Ausgangsbeobachtung vorbei, dass die meisten europäischen Liberalen die Teilnahme ihrer jeweiligen Heimatländer am Großen Krieg der Jahre 1914 bis 1918 für richtig, jedenfalls für gerechtfertigt und legitim gehalten haben.¹⁴ Sie begrüßten den Krieg nicht unbedingt aus vollem Herzen, aber er erschien ihnen in aller Regel als gerechter Krieg im Namen liberaler Grundsätze und Normen. Zugleich fällt auf, wie unterschiedlich die liberalen Prinzipien und Werte waren, auf die sich die Kombattanten beriefen. Die russischen Liberalen glaubten, für die Selbstbestimmung der slawischen Völker auf dem Balkan zu kämpfen. Die Liberalen in Deutschland und im Habsburgerreich meinten, Europa vor russischem Despotismus und zaristischer Autokratie zu beschützen. Aus der Sicht französischer, belgischer und serbischer Liberaler ging es um einen Krieg zur nationalen Selbstverteidigung. Den Kriegseintritt Italiens begründeten die Liberalen dort nicht zuletzt mit dem Ziel, die verbleibenden Reste österreichischer Fremdherrschaft abzuschütteln. Für viele britische Liberale schließlich war eine Kriegsteilnahme ihres Landes durch die Verletzung der belgischen Neutralität gerechtfertigt, denn man sah sich im Kampf für die Einhaltung bestehender Verträge, für die Unverletzlichkeit des Völkerrechts und für die Rechte kleiner Nationen gegen die unprovokierte Aggression durch einen mächtigen Nachbarn.

Wir wissen heute, dass diese Sichtweisen keineswegs mit den tatsächlichen Handlungsmotiven der politischen Führungseliten übereinstimmten. Deren Überlegungen speisten sich in aller Regel nicht aus hohen moralischen Standards, sondern aus handfester Machtpolitik. Bei den Überlegungen der Führung in St. Petersburg spielten die slawischen Brüder auf dem Balkan eine geringere, eigene expansive Ziele in Osteuropa und am Bosphorus eine größere Rolle als lange angenommen.¹⁵ Frankreich war unter Führung Raymond Poincarés nicht passives Opfer deutscher Aggression, sondern durchaus selbst zu einem Waffengang bereit, sofern es Russland und möglichst auch England an

13 Für einen auf Deutschland und England beschränkten Versuch, die verschütteten Verbindungslinien wieder freizulegen, siehe Dominik Geppert, Robert Gerwarth (Hrsg.): *Wilhelmine Germany and Edwardian Britain. Essays in Cultural Affinity*, Oxford 2008.

14 So schon Michael Howard: *War and the Liberal Conscience*, London 1978, S. 73.

15 Sean McMeekin: *The Russian Origins of the First World War*, Cambridge/Ms., London 2011, S. 6-75.

seiner Seite wusste.¹⁶ Auch Englands außenpolitische Elite um Sir Edward Grey erscheint im Lichte neuerer Forschungen weniger friedfertig und auf Ausgleich bedacht als vielfach angenommen.¹⁷ Am Wiener Ballhausplatz dachte man im Juli 1914 weniger an die Bedrohung durch Russland als an die Bewahrung des eigenen Großmachtstatus durch einen Balkankrieg gegen Serbien.¹⁸ In Berlin hing zwar der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg trüben Gedanken über die unaufhaltsam wachsende Macht der russischen „Dampfwalze“ nach, zugleich aber ging es aus Sicht der Wilhelmstraße darum, die als Einkreisung empfundene vollständige Isolation des Reiches in der Mitte Europas zu vermeiden, mit Österreich-Ungarn nicht auch noch den einzigen verbliebenen Bundesgenossen zu verlieren und die vielleicht letzte Möglichkeit zu einem Befreiungsschlag nicht zu versäumen.¹⁹ Für Italiens Kriegseintritt im Frühjahr 1915 schließlich spielte die Gewinnung Triests, Istriens und Dalmatiens zwar eine wichtige Rolle; zugleich verfolgte Außenminister Sidney Sonnino jedoch eine klassische Kabinetts- und Realpolitik, die das von der Irredenta-Bewegung für sich reklamierte Nationalitätenprinzip „grob verletzte“.²⁰ Vor diesem Hintergrund ist die Einmütigkeit des guten Gewissens der europäischen Liberalen umso bemerkenswerter – zumal wenn man bedenkt, welch zentrale Rolle im liberalen Weltbild und in der liberalen Anthropologie die Vorstellung von der ursprünglich gegebenen, gleichsam natürlichen Friedfertigkeit des Menschen und der menschlichen Gemeinschaften lange Zeit gespielt hatte.²¹

Kriege zwischen den Völkern waren in dieser Sichtweise nur durch die Machinationen despotischer Herrscher und die Sonderinteressen kriegslüsterner Aristokratien zu erklären. Wenn die alten anti-liberalen Eliten erst einmal beseitigt und durch gute Liberale ersetzt wären, dann würden auch alle Gründe für kriegserische Auseinandersetzungen zwischen Völkern und Nationen entfallen, so lautete die aus dem 18. Jahrhundert stammende und im 19. Jahrhundert lange verbreitete liberale Grundannahme. Immanuel Kant hatte in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ 1795 prognostiziert, jedes Volk, das frei ent-

16 Vgl. Stefan Schmidt: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, München 2009.

17 Siehe Andreas Rose: Zwischen Empire und Kontinent. Zur Transformation britischer Außen- und Sicherheitspolitik im Vorfeld des Ersten Weltkriegs, München 2011.

18 Günter Kronenbitter: „Nur los lassen“. Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg, in: Johannes Burkhardt u. a. (Hrsg.): Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg, München 1996, S. 159-187.

19 Konrad Canis: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902-1914, Paderborn u. a. 2011.

20 Siehe Patrick Ostermanns Beitrag in diesem Heft, unten S. 177.

21 Vgl. hierzu und zum Folgenden Lothar Gall: Liberalismus und Auswärtige Politik, in: Klaus Hildebrand, Reiner Pommerin (Hrsg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln, Wien 1985, S. 31-46, hier S. 33.

scheiden könne, werde sich im Angesicht der „Drangsale des Krieges“ (also der hohen Kosten an Leib und Leben, an Hab und Gut), „sehr bedenken (...), ein so schlimmes Spiel anzufangen“; in einer Verfassung, in welcher der Untertan nicht zugleich auch Staatsbürger sei, seien Krieg und Machtpolitik „die unbedenklichste Sache von der Welt“, weil „das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist“.²² Ganz ähnlich proklamierte knapp 25 Jahre später der französische frühliberale Staatstheoretiker Benjamin Constant: „Die Anführer mögen Feinde sein; die Völker sind wie Bürger ein und desselben Landes.“²³ Auf der gleichen Linie lagen die Vorkämpfer der englischen Freihandelsdoktrin um Richard Cobden und John Bright. Adam Smiths „unsichtbare Hand“ regelte ihrer Meinung nach nicht nur die Märkte, sondern auch die internationalen Staatenbeziehungen. Umgekehrt waren Handel und Friede letztlich durch den gleichen Feind bedroht: nämlich durch die Intervention der Regierungen und der herrschenden Klassen, die diese Regierungen kontrollierten.²⁴ Dem Grundsatz des *laissez-faire* im Innern entsprach das Prinzip der Nichteinmischung, der *non-intervention*, in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Was für Kant das monarchische Staatsoberhaupt als Staatseigentümer, war für Cobden und Bright die herrschende Oligarchie des Vereinigten Königreichs aus grundbesitzender Aristokratie und Hochfinanz mit ihren traditionellen Bastionen in Außenpolitik und Diplomatie. Diese Kräfte der überkommenen Ordnung erschienen zukunftsfrohen und fortschrittsgläubigen Liberalen freilich auf längere Sicht betrachtet als hoffnungslos in der Defensive und historisch überholt.

In mancher Hinsicht gab die historische Entwicklung im letzten Drittel des 19. und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts tatsächlich Anlass zu einer optimistischen Zukunftssicht. Schließlich vermehrten sich durch intensivierten Handel, durch mehr Reisen und aufgrund der verbesserten Kommunikationssysteme die Kontakte zwischen den einzelnen Staaten und ihren Gesellschaften, so dass sie sich nicht mehr auf eine kleine und privilegierte adlige Elite beschränkten, sondern weit in die prosperierenden Mittelschichten des Wirtschafts- und Bildungsbürgertums hineinreichten.²⁵ Die Bemühungen um die Einrichtung formalisierter Schlichtungsverfahren in den zwischenstaatlichen Beziehungen machten Fortschritte. Nach der Lösung der Alabama-Frage durch

22 Immanuel Kant: Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Ders.: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Darmstadt 1964, S. 191-251, hier S. 205 f.

23 Benjamin Constant: Über die Freiheit der Alten im Vergleich zu der der Heutigen. Rede vor dem Athénée Royal in Paris, in: Ders.: Werke in vier Bänden, Bd. 4, Berlin 1972, S. 363-396, hier S. 391.

24 Alan Bullock, Maurice Shock: Englands liberale Tradition, in: Gall (Hrsg.): Liberalismus (wie Anm. 9), S. 254-282, hier S. 264.

25 Vgl. hierzu Martin H. Geyer u. a. (Hrsg.): The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics from the 1840s to the First World War, Oxford u.a. 2001.

ein internationales Schiedsgericht im Jahr 1872 schlossen die Staaten in den folgenden vierzig Jahren bis 1914 weltweit insgesamt 194 Schiedsverträge ab. In neunzig Fällen wurden die darin vorgesehenen Schlichtungsverfahren erfolgreich angewandt. Seit 1892 hielt die internationale pazifistische Bewegung jährlich Weltfriedenskongresse ab.²⁶ 1899 kam es auf Initiative des russischen Zaren zur ersten Haager Friedenskonferenz, acht Jahre später zur zweiten.²⁷ Eine dritte war für 1915 geplant. Der Friedenspalast, in dem sie stattfinden sollte, wurde im August 1913 im Beisein der niederländischen Königsfamilie und des schottisch-amerikanischen Stahl-Tycoons und Philanthropen Andrew Carnegie feierlich eröffnet.

Nicht zufällig träumten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele liberale Intellektuelle, Akademiker und Journalisten von einem friedlich vereinten Europa. 1871 entwarf der englische Historiker John Robert Seeley in einer Ansprache vor der Londoner *Peace Society* das Szenario einer gemeinsamen europäischen Legislative und Exekutive nach dem Vorbild der USA. Diese Föderation, so Seeley, dürfe nicht nur auf Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Einzelstaaten beruhen. Sie müsse vielmehr von einer „allgemeinen Volksbewegung“ getragen werden.²⁸ Viele Zeitgenossen nahmen damals an, neue Informationstechnologien wie die Telegraphie und später das Telefon würden nationale Grenzen automatisch zum Verschwinden bringen. Der britische Journalist William Thomas Stead, einer der publizistischen Wegbereiter der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, malte sich Ende der 1890er Jahre ein föderiertes Europa als christliches Bollwerk gegen die orientalische Despotie des Osmanischen Reiches aus: mit einer zentralen Regierung und einer gemeinsamen Volksvertretung (in Bern), mit einem obersten Gerichtsherrn (dem Deutschen Kaiser), ohne nationale Grenzen und Zölle, dafür aber mit einer einheitlichen Währung.²⁹

Die Frage, warum sich die Dinge schließlich ganz anders entwickelten, führt mitten in das Thema dieses Jahrbuchs. Es kann nicht Aufgabe einer Einführung sein, schon fertige Antworten zu formulieren. Einige Hinweise auf Zusammenhänge, die in den nachfolgenden Beiträgen immer wieder aufscheinen, seien jedoch vorab gegeben.

Da ist erstens die Spannung zwischen dem, was Jürgen Osterhammel Makro-Liberalismus und Mikro-Liberalismus genannt hat. Makro-Liberalismus

26 Vgl. die zeitgenössische Dokumentation des österreichischen Pazifisten Alfred Hermann Fried: *Handbuch der Friedensbewegung*, 2 Bde., Berlin, Leipzig 1911 (2. Aufl. 1913, Neudruck New York, London 1972).

27 Vgl. immer noch Jost Dülffer: *Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik*, Frankfurt/Main u.a. 1981.

28 John Robert Seeley: *United States of Europe*, in: *MacMillan's Magazine* 23 (1871), S. 436-448.

29 William Thomas Stead: *The United States of Europe*, in: *Review of Reviews*. Juli 1897, S. 17-29.

bezeichnet den universalen Geltungsanspruch des Liberalismus, seine Visionen einer globalen Friedensordnung, eines unbeschränkten Welthandels und grenzenloser Mobilität. Mikro-Liberalismus hingegen zielt auf die Rückbindung an begrenzte, kleinräumige Milieus, an kommunale Strukturen, an regionale Traditionen, allenfalls noch an spezifische nationale politische Kulturen.³⁰ Der Makro-Liberalismus legt die Rede im Singular nahe: die umfassende liberale Weltanschauung und Welterklärung, der überall gültige liberale Wertekanon. Vom Mikro-Liberalismus dagegen spricht man eher im Plural, in Form verschiedenartiger Liberalismen: ein Gemeindeliberalismus, der an einigen Orten in kommunalen Wahlen sehr viel robuster war als auf der nationalen Ebene; ein regional spezifischer und unterschiedlich ausgeprägter badi-scher, württembergischer, hanseatischer oder preußischer Liberalismus; Unterschiede zwischen einem nord- oder süditalienischen Liberalismus und so weiter.

Schließlich gibt es die Differenzen zwischen verschiedenen nationalen Liberalismen, die so prägend erscheinen, dass sie in der Forschung häufig als zentrales Einteilungs- und Gliederungsmerkmal entsprechender Bände zur Geschichte des europäischen Liberalismus gemacht worden sind.³¹ Diese Unterschiede sind auch mit Blick auf die politischen Systeme und die konkreten politischen Umstände wichtig, unter denen Liberale am Vorabend des Krieges und während des Krieges zu handeln hatten. Es machte einen gewaltigen Unterschied aus, ob die Liberalen den Regierungschef und wichtige Minister stellten, wie in Frankreich, Großbritannien oder Italien, ob sie auf die parlamentarische Repräsentation in einer obrigkeitstaatlich geprägten konstitutionellen Monarchie, wie im Deutschen Reich oder in Österreich-Ungarn, beschränkt waren oder ob sie unter den autokratischen Verhältnissen der Zarenherrschaft in Russland zu agieren hatten.³²

Zur Rede von Liberalismen im Plural könnte man auch neigen, wenn man auf die Namen und Selbstbezeichnungen der verschiedenen Parteien und Gruppierungen blickt, mit denen wir es zu tun haben. In Österreich-Ungarn findet man – dem Namen nach – überhaupt keine liberalen Parteien, sondern Fortschrittsparteien auf der einen Seite und auf der anderen Freisinnige oder Freiheitliche, wobei die Fortschrittsparteien sich vor allem in einer Frontstellung gegen einen protestantischen Konservatismus sahen, während sich der

30 Jürgen Osterhammel: Liberalismus als kulturelle Revolution. Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee, Stuttgart 2004, S. 11.

31 So schon bei Guido de Ruggiero: Geschichte des Liberalismus in Europa, München 1930; bis hin zu Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 9).

32 Vgl. jetzt den Überblick von Dittmar Dahmann: Parliaments, in: Jay Winter (Hrsg.): The Cambridge History of the First World War, Bd. 2: The State, Cambridge 2014, S. 33-65.

Freisinn eher in Abgrenzung zum katholischen Klerikalismus definierte.³³ In England gab es zwar seit den 1860er Jahren eine *Liberal Party* – aber weniger als monolithischen Block denn als große Sammlungspartei von hocharistokratischen anglikanischen Whigs, mittelständischen nonkonformistischen Radikalen und abtrünnigen Tories (von Palmerston bis Gladstone).³⁴ Während die Radikalen in England unzweifelhaft zum Spektrum des Liberalismus gehörten, ist das für die französischen „radicaux“ bisweilen durchaus bezweifelt worden; die „radicaux“ repräsentierten dann die linke Mitte, die „liberaux“ die rechte Mitte.³⁵ In Italien schließlich war das gesamte im Parlament vertretene Parteienspektrum liberal, so dass man die Zusatzbezeichnungen „Destra“, „Centri“ und „Sinistra“ zu Hilfe nehmen muss.³⁶ Wie viele Gemeinsamkeiten, so wird man fragen müssen, existierten zwischen diesen verschiedenen Liberalismen, die es rechtfertigen würden, von einem die Nationen übergreifenden europäischen Liberalismus im Weltkrieg zu sprechen? Welche Auswirkungen hatte der große Krieg in diesem Kontext? Nivellierte er die Unterschiede oder spitzte er sie zu? Gab es – am Beginn des Krieges 1914 oder an dessen Ende 1918 – so etwas wie einen Liberalismus der Mittelmächte und einen Liberalismus der westlichen Demokratien?

Der Mikro-Liberalismus, so hat Jürgen Osterhammel argumentiert, habe sich auch deswegen, historisch betrachtet, als wenig stabil erwiesen, weil er dem in der Idee des Makro-Liberalismus angelegten Projekt der Entgrenzung und Öffnung widersprochen habe. Nischen und Nester aller Art hätten geringe Widerstandskraft gehabt, wenn „die Weltluft sie härter“ anblies. Die entgrenzende und einebnende Kraft des Liberalismus, das ist Osterhammels Pointe, richtete sich auch gegen den Liberalismus selbst.³⁷ Mit Blick auf das Thema dieses Jahrbuchs könnte man das Argument jedoch auch umdrehen. Im Angesicht des großen europäischen Krieges, so scheint es, schwanden die Gemeinsamkeiten des Makro-Liberalismus sehr rasch und die Partikularismen der verschiedenen nationalen Spielarten des Mikro-Liberalismus wurden bestimmend. Selbst liberale Gegner des Krieges legten sich für die Dauer der

33 Lothar Höbelt: Die Deutschfreiheitlichen Österreichs. Bürgerliche Politik unter den Bedingungen eines katholischen Vielvölkerstaats, in: Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 9) S. 161–171.

34 Vgl. Dominik Geppert: Wie liberal ist der britische Konservatismus? Staat, Gesellschaft und Individuum in der Programmatik der Tory-Party im 19. und 20. Jahrhundert, in: Michael Großheim, Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staat und Ordnung im konservativen Denken, Baden-Baden 2013, S. 210–229.

35 So etwa Gerd Krumeich: Der politische Liberalismus im parlamentarischen System Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg, in: Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 9), S. 353–366, hier S. 359.

36 Hartmut Ullrich: Der italienische Liberalismus von der Nationalstaatsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, in: Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert (wie Anm. 9), S. 378–414.

37 Osterhammel: Liberalismus als kulturelle Revolution (wie Anm. 30).

militärischen Auseinandersetzung äußerste Zurückhaltung auf, übten sich in Patriotismus und vertagten die Hoffnung auf eine liberalere Ordnung der Dinge auf die Zeit nach dem Ende des Konflikts. Dennoch rekurrieren alle Autoren dieses Jahrbuchschwerpunktes ganz selbstverständlich auf die personell wie programmatisch deutlich werdende Unterscheidung zwischen einem Rechts- und einem Linksliberalismus. In vielen Ländern, beispielsweise im Deutschen Reich, in Italien und Frankreich, fand diese Differenz ihren Niederschlag in eigenständigen Parteiorganisationen. In England waren der liberal-imperialistische rechte und der radikal-liberale linke Flügel in einer Partei vereint; auch hier jedoch lassen sich den Rechts- und den Linksliberalen klar verschiedenartig akzentuierte Vorstellungen von Nation, Staat, Gesellschaft und internationalen Beziehungen zuordnen.

Damit sind wir bei einem zweiten Spannungsfeld, das auf den folgenden Seiten immer wieder anklingen wird: nämlich dem Verhältnis von Liberalismus und Nation beziehungsweise von Liberalismus und nationalem Selbstbestimmungsrecht. Beides hängt mit der Frage von Interventionismus oder *non-intervention* in den internationalen Beziehungen eng zusammen. Die klassische Position der liberalen Freihandelsdoktrin eines Cobden oder Bright bestand darin zu leugnen, dass es in diesem Punkt überhaupt ein Problem gab. Auf mittlere oder lange Sicht würde sich die natürliche Harmonie der Interessen im Verkehr zwischen den Staaten und Nationen ebenso durchsetzen wie im Handel und Wandel zwischen den Individuen in einer Gesellschaft.³⁸ Diese Sichtweise verlor im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England immer mehr Anhänger – nicht zuletzt, weil selten genug zu erkennen war, dass sich die internationalen Staatenbeziehungen tatsächlich von einer unsichtbaren Hand gelenkt auf eine natürliche Harmonie hin entwickelten.

Die Gegenposition zum liberalen Grundsatz der *non-intervention* war Gladstones Überzeugung, Außenpolitik sei in Übereinstimmung mit den Forderungen der Gerechtigkeit zu führen, nicht unter Verweis auf eigennützige Interessen oder Erwägungen der Machtpolitik. Gladstone leitete daraus eine Pflicht Englands zur Intervention ab und die Forderung nach einer aktiven Außenpolitik gegen Despotismus und Tyrannei in anderen Ländern, insbesondere mit Blick auf die Unterdrückung christlicher Minderheiten im Osmanischen Reich.³⁹ In seiner *Midlothian Campaign* während der Balkan-Krise der Jahre 1875 bis 1878 wandte sich Gladstone mit einem moralischen Appell

38 „I don't think“, hatte Cobden angesichts des polnischen Aufstands von 1863 seinen Kritikern im englischen Unterhaus entgegengehalten, „that Providence has given it into our hands to execute His behests in this world. I think when injustice is done, whether in Poland or elsewhere, that the very process of injustice is calculated, if left to itself, to promote its own cure“; zit. nach Howard: *War and the Liberal Conscience* (wie Anm. 14), S. 54.

39 Peter Cain: *Radicalism, Gladstone, and the Liberal Critique of Disrealian "Imperialism"*, in: Duncan Bell (Hrsg.): *Victorian Visions of Global order. Empire and International Relations in Nineteenth-Century Political Thought*, Cambridge u. a. 2007, S. 215-238.

gegen die konservative Regierung direkt an die öffentliche Meinung seines Landes: „[H]owever deplorable wars may be, they are among the necessities of our condition; and there are times when justice, when faith, when the failure of mankind, require a man not to shrink from the responsibility of undertaking them“.⁴⁰ Damit hatte sich die liberale Haltung zur Frage von Krieg und Frieden diametral gewandelt. Außenpolitischer Interventionismus bis hin zum Krieg war aus liberaler Sicht nicht mehr *per se* abzulehnen, sondern konnte unter Umständen aufgrund liberaler Prinzipien geradezu moralisch zwingend geboten erscheinen. Die Instanz, die in dieser Konzeption an die Stelle des nationalen Interesses treten sollte, war die europäische Rechtsgemeinschaft, in Kraft gesetzt durch die gemeinsame Aktion der europäischen Mächte in Form des Europäischen Konzerts.

Auf den ersten Blick mochte der von Gladstone angestoßene Interventionismus als Reaktivierung der Wiener Ordnung erscheinen. Schließlich war es 1815 darum gegangen, Kriterien für gemeinsames Handeln der europäischen Großmächte zu entwickeln. Der entscheidende Unterschied bestand darin, dass es Metternich und anderen konservativen Staatsmännern nach 1815 vor allem um die Verteidigung des Status quo gegen die maßgeblich von Liberalen getragenen Nationalbewegungen auf dem europäischen Kontinent gegangen war. Der Gladstonianismus hingegen stand in der liberalen Tradition der Sympathie für den Freiheitskampf unterdrückter Völker. Entsprechend prominent waren gerade britische Radikalliberale unter den Fürsprechern nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen auf dem Balkan. Der einflussreiche Publizist Henry Noel Brailsford kämpfte als Mitglied einer Philhellenischen Legion 1897, wie einst Lord Byron, an der Seite griechischer Aufständischer gegen die osmanische Herrschaft – zusammen mit italienischen Freiwilligen in roten Garibaldi-Hemden.⁴¹ 15 Jahre später war der 1912 zum Kampf gegen das Osmanische Reich unter russischer Anleitung geschaffene Balkanbund zunächst ungemein populär. David Lloyd George begrüßte ihn als ein Vehikel zur Verbreitung der Freiheit. Der Publizist Norman Angell, der gerade erst ein enorm erfolgreiches Buch geschrieben hatte, in dem er nachzuweisen trachtete, warum es sich für die Völker Europas wirtschaftlich nicht mehr lohne, gegeneinander Krieg zu führen, revidierte seine These hinsichtlich des Balkans. Friede unter türkischer Herrschaft, so Angell, sei gleichbedeutend mit Krieg; die Befreiung des Balkans sei der Korridor zur Zivilisation.⁴² Erst als die Mitglieder des Balkan-

40 Zit. nach Howard: War and the Liberal Conscience (wie Anm. 14), S. 55. Zur Midlothian Campaign siehe Richard Shannon: Gladstone and the Bulgarian Agitation 1876, London u. a. 1963.

41 H. N. Brailsford: The War of Steel and Gold, London 1914, S. 60.

42 Zitate nach Howard: War and the Liberal Conscience, S. 60; siehe auch Norman Angell: The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power in Nations to Their Economic and Social Advantages, New York u. a. 1910.

bundes im zweiten Balkankrieg 1913 im Streit um den Siegespreis übereinander herfielen, anstatt friedlich miteinander zu kooperieren, wie es liberaler Doktrin entsprochen hätte, machte sich größere Skepsis breit. Eine Lösung des Dilemmas, wie ein Eintreten für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Balkanvölker mit der Fortexistenz einer europäischen Friedensordnung, speziell mit der Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen des habsburgischen Vielvölkerstaates als Großmacht zu vereinbaren war, gelang vor Beginn des Ersten Weltkriegs nicht. Es fällt jedoch auf, wie viele radikalliberale Anhänger des Selbstbestimmungsrechts der Nationen aus der Zeit vor 1914 im Verlauf der Julikrise und dann während des Krieges zu überzeugten Gegnern einer britischen Kriegsteilnahme avancierten.⁴³

Über die Rezeption von Gladstones außenpolitischen Ideen und die Entwicklung eines liberalen Interventionismus in anderen Ländern wissen wir noch vergleichsweise wenig – etwa unter den französischen „radicaux“ oder in der Deutsch-Freisinnigen Partei Eugen Richters und Ludwig Bambergers. Es fällt jedoch ins Auge, dass in der nächsten Generation, also unter den Wilhelminern in Deutschland und den Edwardianern in England, die entschiedensten Verfechter der auf die Soziale Frage hin ausgerichteten Neuorientierung eines neuen Liberalismus in England ins Lager der Anti-Imperialisten (der *little Englanders*) gehörten, während sie im Deutschen Reich wenigstens teilweise zu einem liberalen Imperialismus tendierten. Offenbar wirkten auf der einen Seite der Nordsee die innerparteilichen Verwerfungen des Burenkrieges nach, während sich auf der anderen Seite die Sozialreformer um Friedrich Naumann nicht nur für eine „Zukunftsmehrheit von Bebel bis Bassermann“, also für ein strategisches Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie aussprachen, sondern zugleich auch für eine aktive Weltpolitik.⁴⁴ Diese Divergenz leitet zum dritten Themenfeld über, das hier kurz angerissen werden soll, nämlich den sozial- und wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der Liberalen vor und nach 1914.

Das „Revival“ des Linksliberalismus im Deutschen Reich während des Jahrzehnts vor 1914 verdankte seine Triebkraft nicht zuletzt einer intensiveren

43 Nicht zufällig gehörten sowohl Brailsford als auch Angell zu den Gründungsmitgliedern der „Union of Democratic Control“. Von dort führte ihr Weg weiter zum Plädoyer für ein System kollektiver Sicherheit in Europa und speziell zum Völkerbundsgedanken; vgl. den Beitrag von Andreas Rose in diesem Band; siehe auch Hubert Gebele: Großbritannien und der Große Krieg. Die Auseinandersetzungen über Kriegs- und Friedensziele vom Kriegsausbruch 1914 bis zu den Friedensschlüssen von 1919/1920, Regensburg 2009, S. 44-76.

44 Marcus Llanque: Friedrich Naumann und das Problem des nationalen Sozialliberalismus, in: Richard Faber (Hrsg.): Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000, S. 131-150; Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland, Baden-Baden 1983.

Beschäftigung der Liberalen mit der sozialen Problematik.⁴⁵ Das Phänomen war nicht auf Deutschland beschränkt, sondern ließ sich etwa auch in Großbritannien (als *new liberalism* oder *progressive alliance*), im französischen Radikalismus oder in Italien in der Ära Giolitti beobachten.⁴⁶ Wie veränderte sich im Krieg unter den Bedingungen des Burgfriedens, der *union sacrée* und des innenpolitischen *truce* die Antwort auf die alte liberale Frage nach Partizipation und Integration der Arbeiterschaft in den Staat und in die Gesellschaft? Wie stand es damit in Österreich-Ungarn, wo es einen „Burgfrieden“ zwischen den verschiedenen Nationen des Vielvölkerreiches nicht einmal in Ansätzen gab, wohl aber Bemühungen um einen parteipolitischen Ausgleich innerhalb der einzelnen Nationen gerade im bürgerlich-liberalen Lager?⁴⁷

Mit diesen gesellschafts- und koalitionspolitischen Problemen eng verbunden war die Frage nach den ökonomischen Leitideen europäischer Liberaler während des Ersten Weltkriegs: Wie wandelte sich die klassische liberale Frage nach den Staatsaufgaben in einer Situation, in der die kriegführenden Staaten zwangsläufig immer mehr zu Interventions- und Mobilisierungsmaschinen mutierten? Wie gingen Liberale mit den veränderten Produktionsbedingungen einer Kriegswirtschaft um, die neue soziale Gewinner und Verlierer hervorbrachte? Welche Auswirkungen hatten die Herausforderungen einer zunehmend totalen Kriegführung auf das Verhältnis von ziviler und militärischer Führung? Inwieweit tangierten die damit verbundenen Verschiebungen die Diskussionen über Kriegsziele und Annexionen im liberalen Lager?

Bei allen nationalen Unterschieden, die man bei der Beantwortung derartiger Fragen berücksichtigen muss, lässt sich aus den Beiträgen dieses Jahrbuchs doch als Trend erkennen, wie sehr liberale Vorstellungen von Staat, Nation, Gesellschaft und Individuum unter den Bedingungen des Krieges in die Defensive gerieten und wie tiefgreifend die „Krise des Liberalismus“ war, die daraus resultierte.⁴⁸ Der klassisch liberale Akzent auf individuellen Freiheitsrechten wurde durch eine neue Betonung kollektiver Pflichten im Krieg ersetzt. An die Stelle des Vertrauens auf eine gleichsam organische Entwicklung, die sich aus dem freien Zusammenspiel der Kräfte im Wettbewerb des Marktes ergab, trat der Glaube an die staatlich verordnete Intervention in Wirtschaft

45 Für den Begriff des „revivals“ siehe Alastair Thompson: *Left Liberals, the State and Popular Politics in Wilhelmine Germany*, Oxford 2000, S. 360; siehe auch Jürgen Frölich: „Jede Zeit hat ihre Freiheiten, die sie sucht.“ Friedrich Naumann und der Liberalismus im ausgehenden Kaiserreich, in: Detlef Lehnert (Hg.): *Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Köln u. a. 2012, S. 135–157.

46 Vgl. zum Kontext die verschiedenen Beiträge in Detlef Lehnert (Hrsg.): *Sozialliberalismus in Europa* (wie Anm. 45); für England immer noch Michael Freedon: *The New Liberalism. An Ideology of Social Reform*, Oxford 1978; für das Deutsche Reich Holger J. Tober: *Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus*, Husum 1999.

47 Vgl. den Beitrag von Lothar Höbelt in diesem Band.

48 Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 758.

und Gesellschaft als Triebkraft des Fortschritts. Die Nation mutierte vom Vehikel liberaler Partizipation zum metaphysisch grundierten Legitimationsinstrument für die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Ausweitung obrigkeitstaatlicher Eingriffe in die Privatsphäre.⁴⁹

Die skizzierten Themenzusammenhänge und Spannungsfelder werden in diesem Jahrbuch zunächst für den deutschen Liberalismus genauer ausgeleuchtet. Marcus Llanque (Augsburg) untersucht den Linksliberalismus, Karl-Heinrich Pohl (Kiel) am Beispiel Gustav Stresemanns den Nationalliberalismus; Heike Knortz (Karlsruhe) beschäftigt sich aus wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive mit dem korporativen Verhältnis von Wirtschaft, Arbeit und Staat. Sie relativiert dabei die These vom scharfen Strukturbruch des Jahres 1916, das in ihrer Deutung keinen einschneidenden Wandel im privatkapitalistischen System des Deutschen Reiches mit sich brachte, sondern bereits in Friedenszeiten vorhandene illiberale Elemente der Wirtschaftsverfassung des Kaiserreichs lediglich verschärfte. Karl-Heinrich Pohl akzentuiert in der Person Stresemanns zum einen die zunehmende Spannung, die im deutschen Nationalliberalismus zwischen außenpolitischem Maximalismus und innenpolitischer Reformbereitschaft bestand; zum anderen charakterisiert er Stresemann als einen jener „Kriegsgewinnler“, die es im Verlauf des Krieges zu beträchtlichem Wohlstand gebracht und schon deswegen kein Interesse an einer grundlegenden Änderung der Verhältnisse besessen hätten. Marcus Llanque (Augsburg) zeigt auf, wie die Herausforderungen des Krieges bei den deutschen Linksliberalen von Friedrich Naumann über Max Weber bis zu Theodor Heuss eine politische Neubesinnung erzwangen und eine Umdefinition zentraler Begriffe wie Nation, Demokratie und Politik auslösten. Koalitionspolitisch eröffnete der Krieg in Llanques Deutung den Linksliberalen neue Chancen, indem er über die Friedensresolution des Reichstags und den Interfraktionellen Ausschuss von 1917 eine Öffnung zum katholischen Zentrum vorbereitete, die der Weimarer Koalition von 1919 den Weg ebnete.

Es folgen drei Beiträge zur Entwicklung des Liberalismus in Großbritannien, Österreich-Ungarn und Frankreich. Andreas Rose (Bonn) streicht in seinem Beitrag über England gegen die ältere Forschung die relative Stärke des britischen Liberalismus am Vorabend des Großen Krieges heraus. In seiner Interpretation war der Kriegseintritt, den Premierminister Asquith, Außenminister Grey und Marineminister Churchill gegen die Mehrheit ihres Kabinetts und gegen den Widerstand des radikalen Flügels der Liberalen Partei durchsetzten, ein verhängnisvoller Fehler. Erst die keineswegs zwangsläufig vorgegebene Entscheidung für die kriegszerstörerische Intervention auf Seiten Frankreichs und Russlands sei für den Niedergang des Liberalismus in England verantwortlich, so Rose, weil sie dazu geführt habe, dass liberale Grundprinzipien bei dem

49 Vgl. vor allem den Beitrag von Marcus Llanque in diesem Band.

Versuch, sie den Erfordernissen einer zunehmend totalen Kriegführung anzupassen, hoffnungslos überdehnt wurden. Mit der These, liberale Außenpolitik in England sei im öffentlichen Raum Londons ausgehandelt worden und damit mehr als eine elitäre Angelegenheit von *maps and chaps* gewesen, setzt Rose für Großbritannien einen anderen Akzent als Lothar Höbelt (Wien) für Österreich-Ungarn. Dieser kennzeichnet in seinem Beitrag die Parteien in der Habsburgermonarchie als „Trittbrettfahrer“ oder „Bremser“, aber nicht als „Steuermänner des Staatsschiffes“; die Außenpolitik sei in der k.u.k.-Monarchie mehr noch als anderswo monarchische Prärogative geblieben. Die österreichischen Mittelparteien mit liberalem Profil sieht Höbelt im Verlauf des Krieges „widerstrebenden Trends“ ausgesetzt: Weltanschaulich seien sie eher nach rechts, in Richtung der Christsozialen gerückt, politisch-praktisch aber habe die Versorgungskrise ihre mehrheitlich städtischen Wähler gemeinsam mit der Arbeiterschaft nach Staatsintervention rufen lassen, während die katholisch-konservative Landbevölkerung die segensreiche Wirkung der Marktgesetze für sich entdeckte.⁵⁰ Ähnlich wie in Österreich-Ungarn und Deutschland und anders als in England war der französische Liberalismus vor dem Krieg organisatorisch gespalten. Anders als Rose sieht Stefan Grüner (Regensburg) für Frankreich die Entwicklung des Liberalismus im Krieg nicht als „einsträngige Geschichte des Niedergangs und der politischen Domestizierung“.⁵¹ Er betont vielmehr, wie sich die französischen Liberalen im „Kriegsparlamentarismus“ letztlich erfolgreich gegen eine dauerhafte Aushebelung von Bürgerrechten und einen allzu starken Machtgewinn der militärischen Führung wehrten.

In seiner abschließenden Zusammenschau nimmt Jörn Leonhard (Freiburg) eine gesamteuropäische Perspektive ein. Er konstatiert einerseits ein Ost-West-Gefälle vom republikanischen Liberalismus in Frankreich (und den USA) bis hin zum kaum in konstitutionellen Verhältnissen agierenden russischen Liberalismus, mit unterschiedlichen Zwischenstadien in Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien sowie einer monarchisch-liberalen politischen Kultur in Großbritannien. Andererseits lenkt er die Aufmerksamkeit auf gemeinsame Erfahrungen der verschiedenen Liberalen während des Krieges, ganz gleich ob sie an der Regierung beteiligt waren oder sich auf beobachtende Teilnahme beschränken mussten: Dazu zählen in Leonhards Deutung die Aushöhlung des Pluralismus durch die propagandistische Kriegsmobilisierung, der Wandel im Verhältnis zwischen Militär und Zivilisten, der Aufstieg des „Kriegsstaates“, der die Privatsphäre in vorher unvorstellbarer Weise einschränkte, sowie eine für Liberale unerwartete Gewichtsverschiebung im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Arbeit. Den entscheidenden Wendepunkt für den Liberalismus in allen am Krieg beteiligten Staaten sieht Leonhard im Jahr 1917, als die libe-

50 Siehe den Beitrag von Lothar Höbelt in diesem Band, Zitate S. 153 und 166.

51 Siehe den Beitrag von Stefan Grüner in diesem Band, Zitat S. 149.

ralen Ideale und Werte von rechts wie links massiv in Frage gestellt wurden und der Liberalismus auch in den westeuropäischen Demokratien nur noch durch den Übergang zur charismatischen Herrschaft eines Georges Clemenceau oder David Lloyd George an der Macht bleiben konnte. Danach war eine Rückkehr zu den von vielen Liberalen idealisierten Vorkriegsverhältnissen nicht mehr möglich.

